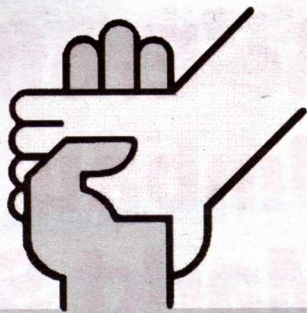




MITARBEIT:
INGEBORG BAUER
ANDREA HOFER
PETRA ILLNAR

REDAKTION:
KATHARINA STALLA
CLAUDIA TRÖSTER (OÖ)
CLAUDIA FULTNER (ST)



OMBUDSFRAU

Ministerium bastelt an Ausnahmeregel

Zoes Traum könnte doch wahr werden

Einen Stein ins Rollen gebracht hat Ihre Ombudsfrau mit ihrem Bericht über die 14-jährige Zoe, der wegen einer Behinderung der Weiter-Besuch ihrer Schule verwehrt werden soll. Das Bildungsministerium hat sich gemeldet. „Man könnte sich eine Ausnahmeregelung für das Mädchen vorstellen . . .“

Wie berichtet, wird Zoe das erste Schuljahr an der Hertha Firnberg Schule in Wien mit Einsern und Zweiern im Zeugnis abschließen. Dennoch wollten ihr die Schulbehörden quasi verbieten, die Schule weiter zu besuchen. Ab dem nächsten Schuljahr stehen nämlich zwei Stunden Servieren auf dem Stundenplan. Und die 14-Jährige ist wegen der Versteifung ihrer Armgelenke nicht in der Lage, vier Teller auf einmal zu tragen. Das müsste sie aber können, um die Schule mit der Matura abzuschließen.

Es sieht jetzt so aus, als könnte sich zumindest das Bildungsministerium eine

Ausnahmeregelung vorstellen. Aus dem Büro der zuständigen Ministerin Claudia Schmied haben wir erfahren, dass man gerade dabei ist, eine Lösung zu finden. Dann dürfte Zoe sich zum Beispiel mit einem Servierwagen helfen.

Bei einem runden Tisch will man nun gemeinsam mit Zoes Eltern und dem Wiener Stadtschulrat beraten, wie der Schülerin der weitere Schulbesuch ermöglicht werden kann. Denn auch das Bildungsministerium will Zoe auf jeden Fall die erfolgreiche Ablegung der Reifeprüfung ermöglichen! Ihre Ombudsfrau wird weiter berichten!

Firma half fünffacher Mutter doch Einstürzende Möbel: Großer Schaden, wenig Einsehen

Ein großer Scherben- und Möbelhaufen erwartete Sabine W. in ihrer Wohnung, als sie vom Badeausflug mit den Kindern zurückkam. Die Wohnzimmerwand war zusammengekracht und hatte Fernseher, Vasen, Geschirr und mehr mit sich gerissen.

„Weil das nicht meine Schuld war, hat mir die Firma Lutz, die die Möbel erst vor kurzem geliefert und montiert hatte, eine neue Wohnzimmerwand

geliefert“, so die Alleinerzieherin von fünf Kindern. Andere kaputte Sachen wollte man nicht ersetzen. Man verwies auf Frau W.'s Haushaltsversicherung.

„Die will aber nichts zahlen, weil ja die Firma schuld ist“, schilderte uns die Niederösterreicherin verzweifelt. Nach Anfrage der Ombudsfrau zeigte die Versicherung von Lutz aber Einsehen: Frau W. bekommt 800 Euro Schadenersatz!

Gesetz aus den 60er-Jahren ist veraltet

20.000 Unterschriften für freie Schulwahl in Österreich

Noch an einer weiteren „Schul-Front“ wird gekämpft. Die Elterninitiative für eine freie Schulwahl übergibt heute 15.000 gesammelte Unterschriften an Nationalratspräsidentin Barbara Prammer.

Forderung: Der Nationalrat soll das Privatschulrecht aus dem Jahr 1962 endlich novellieren! „Wir wollen erreichen, dass der Besuch einer Privatschule keine Frage des Geldes mehr ist und die gesetzlich

garantierte Schulwahl endlich Realität wird“, so die engagierten Eltern. Derzeit bekommen Schulen in freier Trägerschaft nur rund zwanzig Prozent ihrer Kosten vom Staat abgegolten, deshalb ist der Schulbesuch teuer.

Etwas, das auch Ihre Ombudsfrau seit Jahren fordert, soll nun der Nationalrat fixieren: einen Rechtsanspruch auf Abdeckung der Kosten! Und das bitte rasch!



Zoe mit Unterstützerin Marianne Hengl vom Verein Rollon